

An das zuständige Regierungspräsidium:	
---	--

**Zuwendungen des Landes auf Grundlage der Richtlinie zur
VwV-LGVFG über die Förderung von Lade- und Wasser-
stofftankinfrastruktur (RL Ladeinfrastruktur) vom
07.09.2023; ÖPNV-Programmanmeldung nach § 5 LGVFG**

1 Antragsteller¹ (bitte stets vollständig ausfüllen)

Kontaktdaten des Antragstellers	
Name des Unternehmens/ Kom- mune/Landkreis/Verband/Verein (Bezeichnung des Antragstellers)	
Rechtsform	
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	
Landkreis	
Regierungsbezirk	
Region	
Wahlkreis	
Ansprechpartner (Name, Telefon, E-Mail)	

¹ Soweit aus dem Zusammenhang nichts Anderes hervorgeht, steht ein Begriff wie „Antragsteller“, „Auftraggeber“, „Vorhaben-träger“ oder „Ansprechpartner“ jeweils für Singular und Plural und wird geschlechtsneutral verwendet und schließt jegliche Geschlechtsform ein.

2 **KMU-Eigenschaft des Antragstellers (zwingende Angabe für Rechtfertigung nach AGVO)**

Die so genannte KMU-Definition der EU gemäß Anhang I der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU (VO EU Nummer 651/2014) unterscheidet verschiedene Unternehmensgrößenklassen: Kleinstunternehmen, kleine Unternehmen, mittlere Unternehmen (KMU) sowie größere Unternehmen (Nicht-KMU). Mehr Informationen, insbesondere auch zur Berechnung der Schwellenwerte für die jeweilige Größenklasse, erhalten Sie im Informationsblatt Allgemeine Erläuterungen zur Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Infoblatt). Bitte folgende Angaben ergänzen:

2.1 **Der Antragsteller ist:**

<input type="checkbox"/>	ein Kleinst- oder kleines Unternehmen (KU)
<input type="checkbox"/>	ein mittleres Unternehmen (MU)
<input type="checkbox"/>	kein kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne der AGVO (Nicht-KMU) (zum Beispiel Kommunen, Landkreise oder kommunale Unternehmen)

2.2 **Folgende Unternehmen (Antragsteller und gegebenenfalls verflochtene Unternehmen) wurden in die KMU-Betrachtung einbezogen:**

--

3 **Angaben zum Fördervorhaben**

Genaue Bezeichnung der Maßnahme	
---------------------------------	--

Standort der Maßnahme (Postleitzahl, Ort, Wahlkreisnummer/-bezeichnung, Gemeindegrenznummer)	
Geplanter Vorhabenbeginn	
Geplantes Vorhabensende	
Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung in Euro Hinweis: Bitte geben Sie die insgesamt benötigte öffentliche Finanzierung an, d.h. auch andere staatliche Zuwendungen als die Landeszuwendungen nach der RL Ladeinfrastruktur, siehe Ziff. 8.2 der RL Ladeinfrastruktur	

4 Gesamtkosten

	Euro
4.1 Gesamtkosten des Vorhabens	
4.2 davon förderfähig nach Ziff. 6 der RL Ladeinfrastruktur	
4.3 davon nicht förderfähig	

5 Berechnung der Höhe der Förderung des Landes

	Euro
5.1 Förderfähige Investitionskosten (vgl. Ziffer 4.2 dieses Formulars)	
5.2 beantragte Höhe der Förderung (bis zu 75 % der förderfähigen Investitionskosten; siehe Ziff. 8.1 der RL Ladeinfrastruktur)	

5.3 Voraussichtliche Planungskostenpauschale (Ziff. 8.1 der RL Ladeinfrastruktur i.V.m. VwV-LGVFG) Hinweis: Bei Förderungen nach der AGVO kann die Planungskostenpauschale nicht gewährt werden.	
5.4 Beantragte Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg (Summe aus Ziffern 5.2 und 5.3)	

6 Finanzierungplan

	Betrag
6.1 Gesamtkosten (siehe Ziff. 4.1 dieses Formulars)	
6.2 davon Eigenmittel, Eigenleistungen	
6.3 davon Fremdmittel (Kredite) ²	
6.4 davon Mittel/Leistungen Dritter (ohne öffentliche Zuwendungen)	
6.5 davon Zuwendungen	
6.5.1 Beantragte Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg (siehe Ziff. 5.4 dieses Formulars)	
6.5.2 Beantragte sonstige öffentliche Zuwendungen	

7 Voraussichtliche Landesfinanzhilfe für das angemeldete Vorhaben im Jahr

Jahr								
-------------	--	--	--	--	--	--	--	--

² Gilt nicht für kommunale Körperschaften

Summe in Euro								
--------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--

8 Beihilferechtliche Ausgestaltung für die Zuwendung nach der RL Ladeinfrastruktur

8.1 Beihilferechtliche Rechtfertigungsgrundlage

Eine Förderung wird nur bewilligt, wenn die Förderung unter eine der nachfolgenden Kategorien eingeordnet werden kann und deshalb beihilferechtlich zulässig ist. Zutreffendes bitte ankreuzen:

<input type="checkbox"/>	Förderung auf Grundlage von Art. 36a AGVO
<input type="checkbox"/>	Bestehen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach VO (EG) Nr. 1370/2007
<input type="checkbox"/>	Förderung einer Kommune oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts
<input type="checkbox"/>	Allgemeine De-minimis-Förderung
<input type="checkbox"/>	DAWI-De-minimis-Förderung

8.2 Art der Beihilfe

Bitte kreuzen Sie an, um welche Art der Beihilfe es sich handelt (Angabe nur bei einer Förderung nach Art. 36a AGVO erforderlich, vgl. RL Ladeinfrastruktur Ziff. 4.1. a.E.):

<input type="checkbox"/>	Zuschuss (Regelfall)
<input type="checkbox"/>	Sonstiges und zwar:

9 **Angabe für die Reihung bei einer Förderung nach Art. 36a AGVO**

Für Förderungen, die sich auf Art. 36a AGVO als beihilferechtliche Grundlage stützen, wird anhand der in Ziff. 7.1 der RL Ladeinfrastruktur beschriebenen Auswahlkriterien eine Reihung der Anmeldungen vorgenommen.

Bitte füllen Sie im Fall einer beihilferechtlichen Rechtfertigung nach Art. 36a AGVO Ziff. 9 dieses Formulars vollständig aus. Bei einer sonstigen Rechtfertigung ist Ziff. 9 dieses Formulars nicht auszufüllen.

9.1 **Auswahlkriterium: Eingereichtes Angebot (beantragte Beihilfe im Verhältnis zur Gesamtlade- bzw. Gesamttankleistung: Gewichtung 80%)**

Hinweis: Bei der Berechnung der Höhe der beantragten Beihilfe ist Ziff. 6 der RL Ladeinfrastruktur zu beachten. Die Gesamtladeleistung ist die Summe der Einzelladeleistungen (der förderfähigen Ladepunkte), die bei gleichzeitiger Nutzung zur Verfügung gestellt werden können, vgl. Ziff. 7.1 der RL Ladeinfrastruktur.

Angaben zum eingereichten Angebot	
Höhe der beantragten Beihilfe (Zuwendung) des Landes Baden-Württemberg in Euro (vgl. Ziff. 5 dieses Formulars)	
Angabe der Gesamtladeleistung der zu fördernden Ladeinfrastruktur	
Angabe der Gesamttankleistung der zu fördernden Wasserstofftankinfrastruktur	

9.2 **Auswahlkriterium: Ländlicher Raum (Gewichtung: 20 %)**

Bitte kreuzen Sie an, ob sich das Vorhaben im ländlichen Raum befindet. Maßgebend ist der Landesentwicklungsplan 2002 Baden-Württemberg:

<input type="checkbox"/>	Ja, das Vorhaben befindet sich im ländlichen Raum
<input type="checkbox"/>	Nein, das Vorhaben befindet sich nicht im ländlichen Raum

10 Begründung

Bitte in einem gesonderten Schreiben darstellen:

<input type="checkbox"/>	<p>Beschreibung des Vorhabens</p> <p>(einschließlich Stand bau- und planungsrechtlicher Genehmigungsverfahren sowie Darlegung, ob und gegebenenfalls welche Zusammenhänge zwischen dem Vorhaben des ÖPNV und dem städtebaulichen Vorhaben bestehen und mit welchem Ergebnis die Vorhaben aufeinander abgestimmt sind, siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur , VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Erläuterungsbericht</p> <p>(Dabei ist insbesondere auf den Förderzweck und das Förderziel des Vorhabens sowie auf den tatsächlichen verkehrlichen Bedarf einzugehen. Weiterhin ist darzulegen, dass die Ziele der Raumordnung beachtet und deren Grundsätze sowie die Landesplanung berücksichtigt sind und das Förderprojekt in einem Generalverkehrsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan oder qualifizierten Fachkonzept oder in einem Lärmaktionsplan nach § 47 d BImSchG oder in einem Luftreinhalteplan nach § 47 BImSchG vorgesehen ist oder dass diese Voraussetzungen voraussichtlich zum Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden. Die Belange von Natur und Landschaft dürfen dem Vorhaben nicht entgegenstehen, siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Übersichtsplan des Vorhabens (mit Darstellung des Liniennetzes) (siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)</p>
<input type="checkbox"/>	<p>Priorisierung bei mehreren Vorhaben eines Vorhabenträgers (siehe Ziff. 7.2 der RL Ladeinfrastruktur, VwV-LGVFG, Abschnitt B, Nummer II.3.2.6)</p>

11 Erklärungen des Antragstellers

11.1 Allgemeine Erklärungen

<input type="checkbox"/>	Vom Inhalt der RL des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg über die Förderung von Lade- und Wasserstofftankinfrastruktur (RL Ladefrastruktur vom 07.09.2023) und der Änderungsrichtlinie hierzu vom 20.10.2023 habe ich Kenntnis genommen.
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass die Angaben dieses Antrags zur Programmanmeldung sowie hierzu beigefügte Anlagen vollständig und richtig sind. Änderungen zu den Angaben im Antrag und den beigefügten Anlagen werde ich dem Regierungspräsidium unverzüglich mitteilen. Mir ist bekannt, dass falsche beziehungsweise unvollständige Angaben zum Widerruf/Rücknahme der Zuwendung führen können.
<input type="checkbox"/>	Mir ist bekannt, dass die in diesem Formular gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ich verpflichtet bin, der Bewilligungsstelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen des Zuschusses entgegenstehen oder die für dessen Rückforderung erheblich sind (§ 1 des Landessubventionengesetzes Baden-Württemberg (LSubvG) in Verbindung mit § 3 Absatz 1 des Subventionengesetzes des Bundes (SubvG)).
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass mein Unternehmen kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Artikel 2 Absatz 18 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) bzw. im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (ABl.C244 vom 1.10.2004, S.2) ist.
<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass gegen mein Unternehmen keine Rückforderung von Beihilfen auf Grund einer Entscheidung der EU-Kommission angeordnet wurde, der mein Unternehmen nicht nachgekommen ist.

11.2 Erklärung bei Bereitstellung von Wasserstofftankinfrastruktur

<input type="checkbox"/>	Ich versichere, dass ich unverzüglich die Bewilligungsbehörde in Kenntnis setze, sollte ab 2036 entgegen meiner heutigen Erklärung nicht der entsprechende Wasserstoff verwendet werden.
<input type="checkbox"/>	Gilt nur für Antragsteller, die sich auf die AGVO stützen:

	Ich versichere, dass meine Wassertankinfrastruktur ab 2036 ausschließlich grünen Wasserstoff bereitstellen wird, vgl. zu den Anforderungen Ziff. 5 der RL Ladeinfrastruktur.
<input type="checkbox"/>	Gilt nur für Antragsteller, die sich nicht auf Art. 36a AGVO stützen: Ich versichere, dass meine Wassertankinfrastruktur ab 2036 ausschließlich grünen, türkisenen oder blauen Wasserstoff bereitstellen wird, vgl. zu den Anforderungen Ziff. 5 der RL Ladeinfrastruktur.

Datum, Unterschrift

12 **Datenschutz**

Das Ministerium für Verkehr und die Regierungspräsidien verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Verwaltungsverfahrens. Rechtsgrundlagen hierfür sind Art. 6 Abs. 1 e) DSGVO i.V.m. § 4 LDSG-BW und Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO. Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) besteht die Verpflichtung, Sie auf die Grundsätze des Ministeriums für Verkehr und die der Regierungspräsidien zur Datenverarbeitung hinzuweisen. Informationen des Ministeriums für Verkehr über Datenverarbeitungen und zum Datenschutz (Datenschutzinformation) sind unter folgendem Link abrufbar: [Datenschutzhinweise: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.datenschutzhinweise.ministerium-fuer-verkehr-baden-wuerttemberg.de).

Die Datenschutzinformationen der Regierungspräsidien sind unter folgendem Link abrufbar: [Datenschutzinformationen: Regierungspräsidien](#)

Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform übersandt.

Der Antragsteller willigt ein, dass die personenbezogenen Daten zur Vorgangsbearbeitung verwendet werden und bestätigt, dass er von der Datenschutzinformation Kenntnis genommen hat.

Datum, Unterschrift